

Dr. Otmar Oehring (27.08.2015)

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

In Jordanien sind Migration und Integration äußerst sensible Themen. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Jordanien seit 1948 immer wieder mit dem Zustrom großer Flüchtlingszahlen konfrontiert war und dies zumindest im Hinblick auf die Palästinenser, die seit 1948 in mehreren Wellen nach Jordanien gekommen sind, auch einen unmittelbaren Einfluss auf den Anspruch der einzelnen Bevölkerungsgruppen, an der Macht beteiligt zu werden, hat.

Das ursprüngliche (beduinische) jordanische Staatsvolk ist durch den Zustrom von Palästinensern seit 1948 mittlerweile zu einer Minderheit im eigenen Staat geworden – die Jordanier machen nur noch rund 35 Prozent der Bevölkerung aus, die Palästinenser bis zu 65 Prozent. Während ein großer Teil der Palästinenser jordanische Staatsbürger sind – gleich ob sie als Flüchtlinge nach Jordanien gekommen sind, oder bereits jordanische Staatsbürger waren, als die Westbank noch zu Jordanien gehörte – ist das Privileg der jordanischen Staatsbürgerschaft allen weiteren zugewanderten Flüchtlingsgruppen verwehrt geblieben.

Die größte dieser Gruppen sind mittlerweile die Syrer. Selbst wenn bereits morgen in Syrien wieder Frieden herrschen würde, wäre nicht damit zu rechnen, dass die rund 1,3 Millionen in Jordanien lebenden Syrer dann umgehend wieder nach Syrien zurückkehren würden. Zudem gibt es momentan keine ernstzunehmenden Hinweise darauf, dass es schon bald zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Syrien kommen wird. Folglich ist noch mit einem langen Verbleib der Syrer in Jordanien zu rechnen. Eine Lösung im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus ist ungeachtet dessen aber nicht zu erwarten. Jordanien hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet und erkennt die zugewanderten Flüchtlinge nicht als solche an. Wie die anderen Flüchtlingsgruppen, die vor ihnen oder zeitgleich mit ihnen nach Jordanien gekommen sind – Libanesen, Iraker, Jemeniten, Libyer – gelten die syrischen Flüchtlinge faktisch nur als ‚wafidin‘, als Gäste, die keinen Aufenthaltsstatus bekommen und zudem nicht arbeiten dürfen.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Das Thema Migration ist kein Thema, mit dem sich politische Parteien in Jordanien befassen. Das hängt insbesondere damit zusammen, dass es in Jordanien zwar zahlreiche Parteien (mehr als 30!) gibt, aber faktisch keine dieser Parteien ein Programm hat, das auch nur in Ansätzen den Programmen der wesentlichen deutschen Parteien vergleichbar ist.

Wie wird der Umgang mit Migration / Integration in Deutschland behandelt?

Im Spätsommer 2015 ist in den arabischsprachigen Tageszeitungen Jordaniens wiederholt über den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und die Reaktionen von Teilen der deutschen Bevölkerung auf den Zustrom von Flüchtlingen berichtet worden. Dazu wurde festgehalten, dass die Bundesregierung sich bemühe, negativen Tendenzen in der Bevölkerung deutlich entgegenzutreten. Primär handelt es sich dabei allerdings um Berichte ausländischer Nachrichtenagenturen, wie etwa Reuters.

Entwicklungspolitische Relevanz

Das Thema Migration spielt in Jordanien eine zentrale entwicklungspolitische Rolle. Dies vor allem deshalb, weil der zahlenmäßig gewaltige Zustrom von Flüchtlingen nach Jordanien – und das nicht erst seit dem Beginn des Syrienkonflikts – für das Land eine massive ökonomische, soziale und auch ökologische Belastung darstellt. Jordanien weist in diesem Zusammenhang immer wieder auf die hohen Kosten des Zustroms von Flüchtlingen hin und macht dies nicht zuletzt an dem zusätzlichen Aufwand für Subventionen für Wasser, Strom, aber auch Brot fest. Zudem weist der Staat auf die massive Belastung des staatlichen Schul- und Gesundheitssystems hin. Von Vertretern westlicher Botschaften wird immer wieder kritisch angemerkt, dass Jordanien einzig die Kosten referiert, nicht aber die Einnahmen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

einräumt, die dadurch generiert werden, dass die Flüchtlinge in Jordanien konsumieren und auch investieren.

Tatsächlich ist aber auch anzumerken, dass die langfristig entstehenden Folgekosten des gegenwärtigen massiven Zustroms syrischer Flüchtlinge noch nicht abzuschätzen sind. Das gilt insbesondere für den massiven Qualitätsverlust, der im Bereich des staatlichen Schulsystems zu erwarten ist. Das gilt aber auch für die gewaltige Zunahme des Wasserbedarfs, der die Nachhaltigkeit der Wasserversorgung in Jordanien, dem ohnehin schon dritt-wasserärmsten Land der Erde in Frage stellt. Und schließlich ist mit gewaltigen ökologischen Folgekosten zu rechnen, die sich einerseits aus dem massiv gestiegenen Wasserverbrauch und andererseits aus der massiven Zunahme der Abwasser- und Müllmengen vor allem im Umfeld der Flüchtlingslager ergeben.

Im Anbetracht aktueller finanzieller Engpässe internationaler Hilfsorganisationen, wie etwa des Welternährungsprogramm der Vereinten Nation, das sein Nothilfeprogramm für syrische Flüchtlinge in Jordanien stark reduzieren muss, stellt sich die dringende Frage, wie die Flüchtlingshilfe in Zukunft finanziert und gestaltet werden soll. Eine längerfristige Perspektive fehlt hier bisher.

Migration wird in Jordanien aus den bereits erwähnten ökonomischen und politischen Gründen eindeutig als Problem gesehen. Insbesondere in wirtschaftlich schwachen Regionen Jordaniens treten zum Teil Spannungen zwischen der lokalen jordanischen Bevölkerung und syrischen Flüchtlingen auf, die nicht nur auf die gestiegene wirtschaftliche Belastung, sondern häufig auch auf einen Konflikt um Hilfsleistungen zurückzuführen sind. Ausgang solcher Konflikte sind nicht nur die direkten Transferleistungen für Flüchtlinge, sondern auch die Ausstattung z.B. des Flüchtlingslagers Zaatari. Zaatari verfügt mittlerweile über zwei Feldlazarette, weitere Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge, über Schulen und Einrichtungen für Kleinkinder, über Spiel- und Sportplätze und zudem über zwei gut ausgestattete Supermärkte, wo die Flüchtlinge einkaufen können – in vielen Gemeinden im Umfeld des Lagers kann man von solchen Einrichtungen nur träumen. Gleichzeitig gibt es im unmittelbaren Grenzgebiet von Jordanien und Syrien kaum Spannungen zwischen der örtlichen Bevölkerung und den Flüchtlingen, nicht zuletzt weil die Bevölkerung beiderseits der Grenze den gleichen Stämmen angehört. Eine jüngst veröffentlichte Studie zu sozialen, kulturellen und ökonomischen Auswirkungen des Zustroms syrischer Flüchtlinge in das südliche Governorat Maan (2015) zeigt, dass es auch dort zwischen der lokalen jordanischen Bevölkerung und syrischen Flüchtlingen, trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage in dieser Region, kaum Schwierigkeiten im Zusammenleben gibt.

Flüchtlinge, die in Jordanien Zuflucht gefunden haben, wollen in der überwiegenden Mehrheit grundsätzlich in ihre Heimatländer zurückkehren. So ist etwa die große Mehrheit der irakischen Flüchtlinge, die nach 2006 in Jordanien Zuflucht gefunden haben (ca. 650.000), wieder in den Irak zurückgekehrt. Dabei gibt es drei Ausnahmen:

- Angehörige von religiösen Minderheiten (Christen, Mandäer/Sabäer), die in westliche Aufnahmeländer weitergezogen sind.
- Ehepaare, die verschiedenen muslimischen Konfessionen (Sunniten bzw. Schiiten) angehören und im mittlerweile weitgehend ethnisch gesäuberten Irak keine Zukunft mehr sehen und ebenfalls in westliche Aufnahmeländer weitergezogen sind.
- Geschäftsleute, die in Jordanien investiert haben und die Rahmenbedingungen in Jordanien dem Leben im Irak vorziehen.

Auch bei den syrischen Flüchtlingen ist zu erwarten, dass ein Großteil wieder nach Syrien zurückkehren wird, sofern sich die Rahmenbedingungen dort soweit verbessern, dass dies möglich wird. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die Mehrheit der syrischen Flüchtlinge aus dem Süden Syriens stammt und nunmehr nur unweit des ursprünglichen Siedlungsgebiets im Norden Jordaniens lebt. Diese Flüchtlinge sind nach wie vor im engen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

Austausch mit Verwandten, die weiterhin in Syrien leben und dadurch gut informiert über die Entwicklungen in der Herkunftsregion.

Anders sieht es dagegen bei den rund 15.000 bis 20.000 christlichen Flüchtlingen aus Mosul und den Siedlungsorten in der Niniveebene aus, die vor dem Islamischen Staat geflohen sind – sie wollen und werden mit Sicherheit nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Die Hauptursache für die Abwanderung der in Jordanien lebenden Flüchtlinge sind die Krisen und Kriege in den Herkunftsländern. Wirtschaftliche Erwägungen spielen im Verhältnis zur konkreten Verfolgungs- bzw. Bedrohungslage eine absolut untergeordnete Rolle.

Jordanier, die das Land verlassen, tun dies in der überwiegenden Mehrheit aus wirtschaftlichen Gründen. Jordanien hat bei einer ursprünglichen Bevölkerung von gegenwärtig gut 6,5 Millionen Einwohnern rund eine Million Arbeitslose und gleichzeitig rund eine Million Fremdarbeiter. Während viele der Fremdarbeiter in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Dienstleistungssektor arbeiten, sind viele Jordanier nicht bereit in diesen Bereichen zu arbeiten.

Gleichzeitig gibt es in Jordanien auch eine große Zahl von Hochschulabsolventen, die in Jordanien keine adäquaten bzw. adäquat bezahlten Arbeitsplätze finden. Ziel dieses Personenkreises sind insbesondere die Golfstaaten, wobei im Regelfall kein Daueraufenthalt in den Golfstaaten geplant ist und die Rückkehr nach Jordanien zumindest mittelfristig zu erwarten ist. Daneben gibt es aber auch eine langsam aber stetig zunehmende Zahl von Jordaniern, die in Staaten der westlichen Welt emigrieren. Viele tun das ebenfalls auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, hinzu kommt aber, dass viele dieser Migrantinnen vor allem auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den Nachbarländern Syrien und Irak kein Vertrauen mehr in den dauerhaften Fortbestand von Stabilität und Sicherheit in Jordanien haben. Bei den Angehörigen der christlichen Minderheit ist eine vergleichsweise stärkere Tendenz zu verzeichnen in ein Land der westlichen Welt zu emigrieren bzw. die Emigration vorzubereiten.

Libanon

Peter Rimmele (02.09.2015)

Libanon ist von je her ein Aufnahmeland für Migranten (vor allem Armenier im Jahr 1915, Palästinenser seit 1948, Iraker seit 2003). In den letzten Jahren – seit Ausbruch der Syrienkrise – haben die Diskussionen in den Medien zugenommen. Dennoch ist die libanesische Bevölkerung vorrangig mit anderen Problemen beschäftigt. Dies zeigt sich auch dadurch, dass die Meinungsäußerungen es fast nie auf die erste Seite der Zeitungen schaffen.

In sozialen Netzwerken wie Facebook ist die Haltung gegenüber Flüchtlingen weitestgehend offen. Es haben sich viele Gruppen wie zum Beispiel Libanese for Refugees oder Helping the Syrian Refugees gegründet, die über die Plattform Hilfe organisieren und über die Lage informieren. Auch UNHCR Libanon findet positiven Zulauf im Internet.

Durch die Syrienkrise haben sich die libanesische Bevölkerung sowie politische Parteien in zwei Lager gespalten: Einige alteingesessene Politiker nutzen die Situation, um den Syrern alle chronischen, vor allem die wirtschaftlichen Probleme des Landes anzukreiden und sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Andere täuschen Hilfsbereitschaft aus humanitären Gründen vor, um die billigen Arbeitskräfte (vor allem im Bau- und Landwirtschaftssektor) nicht zu verlieren. Dabei werden alle Augen vor fehlenden Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen verschlossen.

Deutschlands Unterstützung vor Ort durch Wasserversorgung, Nahrungsmittelhilfe und Schulen wird mit Wohlwollen angesehen, auch wenn die Not sehr groß ist und auf Grund der fehlenden Unterstützung durch andere Länder das Elend nicht in den Griff zu bekommen ist. Von insgesamt 1,15 Milliarden Euro zugesagter Finanzhilfen bis ins Jahr 2017 wurden bereits 980 Millionen Euro ausgezahlt, 250 Millionen an den Libanon seit 2012. Damit gehört